

Annahme-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witgenstr. 16.)
H. C. A. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Streiland,
in Breslau b. Emil Kabatz.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 191.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 16. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Preis 20 Pf. die sechs wöchentlichen Beilagen oder deren Inhalt, Reklamen die Beilagen 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

Annahme-Bureau
In Berlin, Dresden,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. T. Danne & Co.,
Kaufladen & Vogler,
Kudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Osnabrück
beim „Invalidendank“.

1878

Amtliches.

Berlin, 15. März. Der König hat den Kreisger.-Direktor Simon von Zastrow in Genthin als Stadt- und Kreisger.-Direktor an das Stadt- und Kreisger. in Magdeburg; den Kreisger.-Direktor Kade zu Calbe a. S. in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. in Minden versetzt; den Kreisger.-Rath Boethle in Rothenburg an der Rieße zum Direktor des Kreisger. daselbst ernannt, und dem Sanitäts-Rath Dr. Bagedes in Neppen den Charakter als Geh. Sanitäts-Rath verliehen.

Der Ingenieur Carl Dolejalek ist zum ord. Lehrer an der königl. polytechn. Schule zu Hannover, unter Beilegung des Prädikats „Professor“ ernannt.

Vom Landtage.

20. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 15. März, 11 Uhr. Am Ministertische: Leonhardt und mehrere Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz.

Die Diskussion beginnt mit § 20, welcher nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses bestimmt: Die Sitz der Amtsgerichte werden durch Gesetz bestimmt. Die erste Feststellung derselben kann auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung durch den Justizminister erfolgen. Die Bezirke der Amtsgerichte werden durch den Justizminister gebildet. Dieselben können vom 1. Oktober 1881 ab nur durch Gesetz verändert werden.

Die Kommission schlägt folgende Fassung vor: Die Sitz und Bezirke der Amtsgerichte werden durch königliche Verordnung bestimmt. Dieselben können nach dem 1. Oktober 1882 nur durch Gesetz verändert werden.

Referent Graf zur Lippe führt aus, daß konsequent eigentlich die Sitz der Amtsgerichte, wie die der Landgerichte und Oberlandesgerichte durch Gesetz festgestellt werden müßten, daß man aber allseitig die Unmöglichkeit eingesehen habe, dies bis zum 1. Oktober 1879 zu thun. Eine nachträgliche gesetzliche endgültige Feststellung der Amtsgerichtsbezirke werde die Aufregung, die mit der Veränderung der Gerichtsorganisation überhaupt verknüpft sei, von Neuem anfachen. Es komme ja nur darauf an, der Möglichkeit der Veränderungen bei der einmal durchgeführten Organisation mittels einfacher königlicher Verordnungen ein Ziel zu setzen und den Zeitpunkt zu fixiren, von welchem ab Veränderungen in der beregten Organisation von Zustimmung des Landtages abhängig gemacht werden. Diesen Anforderungen entspreche der Kommissionsantrag.

Referent (Gelle) erkennt an, daß bei der gesetzlichen Regelung der Materie ein bellum omnium contra omnes entstehen würde; dies könne nur im administrativen Wege geschehen. Aber man müsse über die Prinzipien der Justizverwaltung hierüber klar sein. Hauptächlich muß die Rücksicht maßgebend sein, daß jeder Rechtsuchende innerhalb eines Tages seine Rechtsgeschäfte bei dem Amtsgerichte abmachen kann. Auch müsse die Arbeitskraft der Richter genügend in Anspruch genommen sein. Er wünscht eine Erklärung des Ministers darüber, ob er kleine Gerichte mit wenigen Richtern oder große zahlreiche besetzte Gerichte, die in Rücksicht auf die Stellvertretung auch ihren Vorzug hätten, etablieren will. Im Interesse der Verabreichung der Beweiserhebung giebt er dem Kommissionsantrage vor der Fassung des anderen Hauses den Vorzug. Derselbe gebe aber zu weit, wenn er nicht nur die Feststellung der Amtsgerichtsbezirke, sondern auch der Amtsgerichtsbezirke, der 1. Verordnung überlasse. Graf Arnim zweifelt noch, ob die Institution des Einzelrichters sich in den westlichen Provinzen ebenso gut bewähren wird, wie in den anderen Provinzen. Man kann nicht immer das Ideal erreichen, daß der Einzelrichter immer in engstem Konnex mit den Rechtsuchenden steht. Man wird auch die Interessen der Richter, welche nach einer gewissen Zentralisirung hinstreben, berücksichtigen müssen. Er hofft, daß die Regierung beide Interessensphären billigerweise gegeneinander abwägen werde.

Justizminister Leonhardt: Es handelt sich hier um die Frage, ob die Reichsjustizgesetze zur bestimmten Frist ins Leben treten können. Gelangen hier die Kommissionsbeschlüsse zur Annahme und werden dieselben vom Abgeordnetenhaus abgelehnt, so werde ich später an dieses Haus das Ersuchen richten, dem Abgeordnetenhaus beizutreten und den letzteren die Verantwortung dafür zu überlassen. Ich nehme nicht an, daß verfassungsmäßig die Gerichtsbezirke gesetzlich festgestellt werden müssen, wenn man das aber bei den Land- und Oberlandesgerichtsbezirken thut, dann müßte das auch konsequent bei den Amtsgerichten der Fall sein. Im Uebrigen würde die gesetzliche Regelung nicht viel sorgfältiger sein, als wenn dieselbe durch Verordnung erfolgt. Demgemäß könne das Haus ruhig die erste Regelung der Verwaltung überlassen. Die Justizverwaltung werde gewissenhaft alle Interessen abwägen und auch die Verwaltungsbehörden hören. Die Organisation der Amtsgerichte kann nicht erfolgen nach abstrakten Prinzipien, sondern nach konkreten, realen Verhältnissen. Die Regierung ist nicht prinzipiell für Zentralisation der Amtsgerichte aus fiskalischen Interessen oder persönlichen Interessen der Richter, aber die Regierung werde auch nicht die Amtsgerichte nicht über das Land zerstreuen ohne Rücksicht auf die persönlichen Interessen.

v. Knebel-Döberitz ist durch die Erklärungen des Ministers beruhigt, namentlich dadurch, daß die mit den lokalen Verhältnissen betrauten Verwaltungsbehörden gehört werden sollen und wünscht zu erfahren, in welchem Maße dies namentlich bei den Kreistagen geschehen soll.

Justizminister Leonhardt erklärt, daß er sich mit dem Minister des Innern in Verbindung gesetzt habe, welcher die Kreistage abhören werde, so weit er es für gut halte. Dies in jedem Falle obligatorisch zu machen, damit könne er sich nicht einverstanden erklären.

v. Winterfeld erkennt in den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ein außerordentlich großes Mißtrauen gegen die Justizverwaltung. Im Jahre 1849 sei die Bevölkerung mit der Justizorganisation mit Ausnahme der Patrimonialgerichtsherrn und der Patrimonialrichter vollständig zufrieden gewesen. Die diesmalige habe vielfaches Mißbehagen verursacht, welches man nach Möglichkeit abzuwenden müsse. Man habe das Gefühl der Majorisirung Preußens durch die Verlegung des obersten Gerichtshofes außerhalb Preußens. Die Prinzipien des Justizministers würden, wenn sie ausgeführt werden, diese verletzten Gefühle beruhigen.

Nachdem der Justizminister sich damit einverstanden erklärt hat, stellt Mev. (Gelle) den formellen Antrag, daß die Amtsgerichtsbezirke

durch königliche Verordnung, die Amtsgerichtsbezirke aber durch Gesetz festgestellt werden sollen.

Graf v. d. Schulenburg-Beekendorf beantragt, daß bei der Regelung dieser Frage durch die Justizverwaltung die Kreistage gehört werden müssen.

Gobbin findet in dem Beschluß des Abgeordnetenhauses eine Halbheit, weil dadurch, daß der Bezirk des Amtsgerichts gebildet ist, gewöhnlich von selbst der Sitz desselben bestimmt sei. Ausnahmen hiervon würden sehr selten stattfinden. Es sei zu bedauern, daß Herr Meyer diesen Gesichtspunkt in seinem Antrage wieder aufgenommen habe. Entweder könne man der Regierung ein Vertrauensvotum geben oder nicht, und wenn man ersteres thue, so könne man ihr die Bestimmung über die Sitz eben so gut anvertrauen, wie über die Bezirke. Dieses Vertrauen könne man der Regierung dann schenken, wenn sie in dieser Beziehung gut informierten Verwaltungsbehörden anhöre.

Graf v. d. Schulenburg-Beekendorf macht darauf aufmerksam, daß die Absicht, prinzipiell zwei Amtsrichter an einem Orte hinzusetzen, von dem Gesichtspunkte der Annehmlichkeit der Richter aus, mindestens ein zweischneidiges Schwert sei. Dem gegenüber sei es vorthelhaft, an den einzelnen Orten nur einen Amtsrichter zu haben, was zur Verkleinerung der Amtsgerichtsbezirke führen würde; dies würde für das rechtsuchende Publikum von großem Nutzen sein. Außerdem wäre es wünschenswerth, bei der Organisation die historischen und tatsächlichen Verhältnisse möglichst berücksichtigt zu sehen. Die Regelung der Sitz der Amtsgerichte durch Gesetz sei unendlich schwierig und das Haus kaum in der Lage, die einzelnen, detaillirten Verhältnisse genau zu prüfen.

Justizminister Leonhardt erwidert, daß die Justizverwaltung die jetzt bestehenden Verhältnisse thunlichst berücksichtigen, und daß eine Abweichung von denselben nur aus zwingenden Gründen statthaben werde. Von einem Vertrauensvotum könne nicht die Rede sein, wenn man der Regierung die Feststellung der Amtsgerichtsbezirke anheimstelle.

Graf v. d. Schulenburg-Beekendorf spricht ebenfalls für den Kommissionsantrag, hauptsächlich aus dem Grunde, weil er die anderenfalls eingebrachte Menge von Petitionen und den Kampf der Kirchbureauinteressen fürchte. Nothwendig freilich sei es, die Kreistage bei der Organisation zu hören, damit nicht dieselben Uebelstände eintreten, welche bei der Gerichtsorganisation von 1849, in Folge der überstürzten Aufhebung der Patrimonialgerichte entstanden sind. Schließlich richtet der Redner an den Justizminister die Frage, wie viele Städte im Ganzen durch die neue Organisation ihre Gerichte oder Gerichtscommissionen verlieren werden.

Justizminister Leonhardt erwidert, daß er diese Frage nicht beantworten könne, da die verfallenen Verhältnisse zur Zeit noch in der Diskussion begriffen seien; erst, wenn die Vorbereitungen zum Abschluß gelangt, könne eine Antwort gegeben werden. Im Uebrigen sei die Regierung mit der obligatorischen Anhörung der Kreistage keineswegs einverstanden. Soweit es thunlich, sollten sie gehört werden; ein obligatorisches Heranziehen derselben würde jedoch die Organisation ohne jeden Grund verzögern.

Nach einem Schlussworte des Referenten zu Gunsten der Kommissionsvorschläge zieht Meyer (Gelle) seinen Antrag zurück, und die Kommissionsbeschlüsse werden, unter Ablehnung des Antrags Schulenburgs angenommen.

§ 22 ordnet die Vertheilung der Geschäfte bei den mit mehreren Amtsrichtern besetzten Amtsgerichten nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erfolgt die Vertheilung durch das Präsidium des Landgerichts nach dem vom Justizminister festzustellenden Grundsätzen; die Kommission schlägt folgende Fassung vor: die Vertheilung erfolgt durch den Präsidenten des Landgerichts nach den von dem Justizminister festgestellten Grundsätzen.

Dierzu beantragt v. Winterfeld die Streichung des zweiten Absatzes: Die Gültigkeit der Handlung eines Amtsrichters wird dadurch nicht berührt, daß die Handlung nach der Geschäftsvertheilung von einem der anderen Amtsrichter vorgenommen gewesen wäre.

Referent Graf zur Lippe motivirt den Beschluß der Kommission damit, daß das Präsidium gar nicht im Stande sei, die einschlägigen Verhältnisse so eingehend kennen zu lernen, wie der Präsident, vermöge der ihm obliegenden Aufsicht, dies thun könne. Ein Eingriff in die Unthätigkeit der Richter sei durch den Präsidenten nicht zu befürchten; seit der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung werde eine Art Verdacht gegen den Präsidenten und zugleich gegen die Amtsrichter ausgesprochen, und davor müsse man sich im Interesse der Rechtspflege sorgfältig hüten.

Prof. Bessler beantragt Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, welche im Geiste der Reichsjustizgesetze gefaßt seien. Es sei doch eine Garantie, wenn diese wichtige Amtsbefugnis nicht von einem Einzelnen, sondern von Mehreren geübt werde. Ein Mißtrauen gegen die Präsidenten sei darin nicht ausgesprochen; es sei vielmehr eine Erleichterung ihrer ohnehin großen Geschäftslast damit begreut worden.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Schmidt erklärt, daß sich die Regierung nach wie vor gegen den Beschluß des Hauses der Abgeordneten ausgesprochen müsse. Es liege in denselben der Ausdruck eines nicht zu rechtfertigenden Mißtrauens gegen die Regierung und eine Ueberschätzung der Bedeutung der bei dem Amtsgerichte vorzunehmenden Geschäftsvertheilung.

v. Winterfeld weist darauf hin, daß die Justizverwaltung gleich bei der Befragung der Präsidentenstellen auf die Verwaltungsrichtigkeit des Anzustellenden Rücksicht nehmen müsse. Damit seien schon die vom Professor Bessler gewünschten Garantien gegeben.

v. Bernuth spricht sich für den Antrag Besslers aus.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Schmidt hält es für zweckmäßig, über das Alinea 2 erst bei § 30 zu entscheiden. Gegen den Antrag Winterfelds spricht sich derselbe aus. Die Bestimmung soll nicht einer willkürlichen Geschäftsvertheilung Thür und Thor öffnen, deren Innehaltung im Aufstichswege garantiert werde. Sondern nur im Interesse des Publikums den Satz unzweifelhaft hinstellen, daß ein gerichtlich aufgenommenen Akt nicht um deswillen nichtig sei, weil ein Richter ihn aufgenommen habe, in dessen Geschäftskreis derselbe nicht falle.

§ 22 wird nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

§ 26 hebt nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses den privilegierten Gerichtsstand auf und setzt an dessen Stelle die Amtsgerichte.

Die Kommission will die Regierungsvorlage wieder herstellen, welche den privilegierten Gerichtsstand der Standesherren in Sachen der nicht kreiitigen Gerichtsbarkeit unberührt läßt.

Prof. Bessler beantragt, den § 26 in folgender Fassung anzunehmen: „Der den Häuptern und Mitgliedern der früher reichsständischen Familien eingeräumte Gerichtsstand in Angelegenheiten der nichtkreiitigen Gerichtsbarkeit wird durch die vorstehenden Be-

stimmungen (§ 25) nicht berührt“. Die Angelegenheit greife tief in das Privatfürstenrecht ein, und man könne auch dem tüchtigsten Amtsrichter nicht zutrauen, daß er diese so entfernt liegende und schwierige Rechtsmaterie genügend beherrsche. Im Uebrigen sei das Amendement nur eine präzisere Fassung des Kommissionsvorschlags.

Generalstaatsanwalt Weber steht in dem privilegierten Gerichtsstand mehr ein privilegium odiosum als ein Ehrenrecht. Er bemerkt, daß es in dem Interesse der Standesherren selbst liege, wenn sie den ordentlichen Gerichten erster Instanz auch in Angelegenheiten der nichtkreiitigen Gerichtsbarkeit unterworfen würden, und daß es nach Aufhebung des privilegierten Gerichtsstandes in Sachen der kreiitigen Gerichtsbarkeit durch die Reichs-Gesetzgebung in der Konsequenz läge, auch in der Landes-Gesetzgebung den besonderen Gerichtsstand in den Sachen der nichtkreiitigen Gerichtsbarkeit aufzuheben.

Der Antrag Bessler wird hierauf angenommen.

§ 30 bestimmt die Aufhebung der Grundbuchämter und daß, wenn ein Amtsgericht mit mehreren Richtern oder Gerichtsschreibern besetzt ist, als Zeitpunkt des Eingangs eines Gesuches um Eintragung im Grundbuche derjenige Zeitpunkt gelten soll, in welchem das Gesuch dem mit den Geschäften des Grundbuchrichters oder Grundbuchführers hinsichtlich des betreffenden Grundstücks beauftragten Richter oder Gerichtsschreiber vorgelegt wird.

Die Kommission hat die Fassung beschlossen: „im Amtslokal vorgelegt wird.“

v. Winterfeld beantragt dem § 30 folgende Fassung zu geben: In Bezug auf die Bildung der Grundbuchämter bemerkt es bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften mit der Maßgabe, daß 1. den Amtsgerichten auch die früher den Kreisgerichten vorbehaltenen Grundstücke überwiesen werden; 2. bei den mit mehreren Amtsrichtern besetzten Amtsgerichten nach Anordnung des Justizministers entweder ein Amtsrichter zum Vorstande des Grundbuchamtes für den ganzen Amtsgerichtsbezirk bestellt wird, oder mehrere Grundbuchämter für geographisch abzugrenzende Bezirke gebildet werden; 3. die Geschäfte der aufgehobenen Grundbuchämter in Neu-Vorkommen und Klagen auf die betreffenden Amtsgerichte übertragen werden.

v. Winterfeld zeigt, wie bedenklich die ganze Neuerung sei. Die Grundbuchämter nach dem Gesetze vom 5. Mai 1872 seien Spezialgerichte der begebenen Sache mit ausschließlicher Gerichtsbarkeit. Die besondere Beschaffenheit dieses Gesetzes habe auch besondere Behörden zu dessen Ausführung schaffen müssen. Die neue Organisation zwingt in keiner Weise dazu, diese Behörden wieder aufzuheben, und es würde nur zu Verwirrungen führen, wenn nach so kurzer Zeit wieder eine anders benannte und organisirte Behörde die Schuldurkunden ausfertigte.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Schmidt tritt dem entgegen und führt aus, daß diese Bestimmungen der Grundbuchordnung über die Bildung besonderer Grundbuchämter lediglich mit Rücksicht auf die bestehende kollektive Gerichtsverfassung getroffen seien. Mit Einführung der Amtsgerichte sei ein Bedürfnis zur Bildung besonderer Grundbuchämter nicht mehr vorhanden. Der Antrag v. Winterfeld durchbreche das einheitliche System in der Organisation der Amtsgerichte und sei zugleich für die Interessen des Publikums gefährlich. Denn in der Konsequenz des Antrags liege es, daß die Handlung des Richters ungültig sei, wenn derselbe nicht oder nicht vorchriftsmäßig zum Grundbuchrichter bestellt worden sei. Eine derartige Vorschrift gebe zu dem selbst über das bestehende Recht hinaus.

Graf zur Lippe, v. Knebel-Döberitz und Dr. Bernburg sprechen sich für den Antrag Winterfelds aus: letzterer besonders aus dem Grunde, weil zwischen dem Amtsrichter und dem Grundbuchrichter ein wesentlicher begrifflicher Unterschied sei.

Schumann tritt dagegen für die Kommissionsanträge ein.

Der Antrag Winterfeld wird mit 33 gegen 31 Stimmen abgelehnt und § 30 nach den Kommissionsanträgen angenommen.

Die §§ 31 bis 48 werden ohne Debatte mit leichten redaktionellen Änderungen nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Der § 48a der Kommissionsbeschlüsse stellt die im Abgeordnetenhaus getrichtene Bestimmung wieder her, wonach das Oberlandesgericht als oberste Instanz in Landesstrafsachen hingestellt wird.

Referent Graf zur Lippe bezeichnet diese Bestimmung als im Interesse der Rechtseinheit notwendig.

Baron Landsberg wendet sich gegen den Kommissionsantrag und empfiehlt die Streichung des § 48a, weil durch denselben das Oberlandesgericht Berlin zu einem Ausnahmegerichtshof gemacht würde, und keine Veranlassung vorläge, einen solchen zu schaffen. Zur Wahrung der Rechtseinheit sei die Kompetenzerweiterung des Oberlandesgerichts Berlin durchaus nicht erforderlich; andererseits würden die übrigen Oberlandesgerichte dadurch im Ansehen herabgedrückt.

Der Paragraph wird angenommen.

§ 60 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, welcher lautet: Beauftragte der Staatsanwaltschaft, welche im Interesse des Dienstes durch königliche Verfügung einstweilen in Ruhestand versetzt werden, sind auf ihr Verlangen in einem ihrem Dienstalter entsprechenden Richteramt anzustellen. Dieselben sind verpflichtet zur Annahme eines solchen Richteramtes innerhalb desjenigen Oberlandes-Gerichtsbezirks in welchem sie zuletzt beschäftigt waren, soll nach dem Kommissionsantrage gestrichen werden.

Referent Graf zur Lippe motivirt diesen Beschluß damit, daß die Bestimmung gegen die Dienstverpflichtung überhaupt verstoße. Einem im Interesse des Dienstes einstweilen in den Ruhestand versetzten Staatsanwalt könne man unmöglich ein Recht auf sofortige Wiederanstellung als Richter geben.

§ 60 wird gestrichen.

§ 62 handelt von Ernennung des Amtsanwalts; ein Gerichtsaffessor kann nur Amtsanwalt werden, wenn er nicht mit richterlichen Geschäften betraut ist. Die Ernennung erfolgt durch den Oberstaatsanwalt nach Anhörung des Regierungspräsidenten.

Nach dem Antrage der Kommission beschließt das Haus, daß ein Affessor nur dann nicht Amtsanwalt werden darf, wenn er mit richterlichen Geschäften in Strafsachen betraut ist. Die Ernennung erfolgt durch den Regierungspräsidenten nach Anhörung des Oberstaatsanwalts.

Den § 64, welcher die Kosten der Amtsanwaltschaft regelt, will die Kommission in einer redaktionell anderen Fassung nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses annehmen.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Schmidt tritt dem aus finanziellen Gründen entgegen, während Gobbin davor warnt, die Kommunen mit immer größeren Lasten zu beschweren.

Der § 64 wird nach dem Antrage der Kommission angenommen.

Die §§ 65-75 werden ohne Debatte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Am 4 Uhr vertaet das Haus die Fortsetzung der Debatte bis
Sonabend, 11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung.

Berlin, 15. März, 11 Uhr. Am Ministerische Auenbach, Fall
und mehrere Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetz-Ent-
wurfs, betreffend die Fertigstellung der Berliner Stadt-
eisenbahn für Staatsrechnung.

Abg. Kieckhefer empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage an die
Budgetkommission, damit eine Klärung der Sache herbeigeführt
werde. Wenn jetzt eine bedeutende Mehrausgabe verlangt werde, die
weit über das hinausgehe, was man früher gefordert, so müsse man
hierbei zunächst unsere nicht besonders glänzende Finanzlage berücksich-
tigen. Die der Vorlage beigefügte Denkschrift gestehe offen ein, daß
die positiven Angaben der Vorlage von 1875 durch die späteren Er-
mittlungen zum Teil hinfallig geworden seien; es sei doch ein son-
derbares Verfahren, zuerst positive Angaben zu machen, die sich spä-
ter wesentlich modifizierten. Das beweise nur, daß man ganz ober-
flächlich in die Sache hineingegriffen. Jedenfalls stehe die Denkschrift
in offenem Widerspruch mit der dem Hause vorliegenden Petition der
deutschen Eisenbahn-Baugesellschaft, die sich zu einer wahren Anlage-
schrift gestalte und welche die Kommission eingehend werde zu er-
örtern haben. Es liege eine Zwangslage vor, die es geboten erschei-
nen lasse, die Vorlage anzunehmen; denn thue man das nicht, so
werde man eine Menge Interessen schädigen und die Sache später in
einem andern Stadium doch wieder aufnehmen müssen. Jedenfalls
sei es aber notwendig, daß das Haus sich in eine Resolution über
das Verfahren der Regierung in dieser Sache ausdrücke, entweder
billigend oder mißbilligend. Er sei für das letztere (Beifall links).

Abg. v. Benda empfiehlt ebenfalls Kommissions-Beratung und
verspricht als Vorsitzender der Budgetkommission schleunige Bericht-
erstattung. Die Vorlage sei nach entsprechender Prüfung anzunehmen
und weil sie den gegenwärtigen, völlig unhaltbaren Zustand beseitige
und die Möglichkeit gewähre, nimmere mit Energie das begonnene
Werk zu vollenden, und so schweren finanziellen Verlusten vorzu-
beugen.

Abg. Berger erneuert zunächst seine von ihm und dem Abg.
Nichter (Sagen) wiederholt gestellte Frage wegen des Standes des
Reichseisenbahn-Projekts. Bis jetzt sei von der Regierung eine klare,
befriedigende Auskunft nicht erteilt worden; Klarheit in der Sache
sei aber notwendig, weil die andauernde Ungewißheit schädigend auf
unsere industriellen Verhältnisse wirke. Die Gelegenheit zur Grün-
dung der Stadtbahn sei jetzt, wo noch eine oberirdische Eisenbahn
möglich sei, durchaus günstig. Später, wenn sich die Einwohnerzahl
Berlins vermehrt habe, werde man auf größere Schwierigkeiten
stoßen. Man müsse in den fauren Apfel beißen, denn einmal werde
durch die Annahme der Vorlage dem schlimmsten Wechselbalg, der
jemals auf dem Gebiete der Aktiengesellschaft erzeugt worden, den
Garaus gemacht, und dann werde die ungewisse, aber doch
Unternehmens bald die unangenehme Entstehungsgeschichte vergessen
machen.

Abg. v. Minnigerode weist darauf hin, daß die Schäden
der Vorlage aus einer Zeit stammen, wo eine Art von Riasma die
Welt durchzog und man könne deshalb die Regierung allein dafür
nicht verantwortlich machen. Gegenwärtig stehe man vor einem
fait accompli und es bleibe nichts übrig, als mit der Sache aufzu-
räumen. Prinzipiell sei er mit der Vorlage einverstanden, doch sei eine
gründliche Kommissionsberatung durchaus notwendig, namentlich
nach der Richtung, ob später noch mehr finanzielle Opfer verlangt
werden könnten als die gegenwärtige Vorlage fordere.

Handelsminister Dr. Auenbach: Der erste Redner hat die
Beschuldigung erhoben, daß das Stadteisenbahnprojekt im Jahre 1874
ausgearbeitet worden sei, während die Grundlagen noch völlig in
der Luft schwebten. Das ist unrichtig, denn das damalige Projekt ist
von vertrauenswürdigem Sachverständigen geprüft worden. Aller-
dings hat das Projekt wesentliche Änderungen erfahren, aber das
kam daher, daß dasselbe nach den bestehenden Gesetzen erst der lan-
despolitischen Prüfung unterworfen und bei der Expropriation die
Richtung der Linien verändert werden mußte. Es handelt sich hier
ja nicht um eine gewöhnliche Eisenbahnanlage, die über ein Ackerfeld
führt, sondern um ein höchst kompliziertes Unternehmen. Ich kann
auch nicht anerkennen, daß in diesen Veränderungen der Linie
für jeden Teilhaber die Befugnis gelegen habe. Von der
Gesellschaft zurückzutreten, da jeder Gesellschaftler wissen mußte,
daß nach den gesetzlichen Bestimmungen Modifikationen eintreten
konnten. Es handelt sich hier um ein Unikum, um das erste
Projekt dieser Art in unserem Staate, und da ist es selbstver-
ständlich, daß die Neuheit der Verhältnisse manche Unzulänglich-
keit mit sich führt. Was die Petition der deutschen Eisenbahngesell-
schaft betrifft, so kann ich die in derselben angeführten Thatsachen
nicht als richtig anerkennen, und die Regierung wird in der Kom-
mission in den meisten Punkten das Gegenteil altemäßig nach-
weisen. Wir haben es hier mit einem Unternehmen zu thun, das für
die künftige Prosperität der Landeshauptstadt und des ganzen Landes
von sehr großer Wichtigkeit ist, und kommende Generationen werden
diesem Unternehmen, welches es ins Leben gerufen haben. Einmal lassen
die Verhältnisse Berlins das Projekt als notwendig erscheinen, und
andererseits bedingt die Vergrößerung unseres Staatsbahnnetzes die
Nothwendigkeit einer derartigen Verbindung. Dazu kommt, daß der
gegenwärtige Zeitpunkt in finanzieller Beziehung dem Unternehmen
günstig ist; später würde man gewiß das Drei- oder Vierfache der
jetzigen Mittel aufwenden müssen. Demgegenüber erscheint die heu-
tige Mehrforderung durchaus nicht so beträchtlich, als man sie hin-
gestellt hat. Schließlich bemerke ich auf die Anfrage des Abgeord-
neten Berger, daß in den behelligen Ressorts augenblicklich die
Ausarbeitung und Vorlage eines Reichseisenbahngesetzes Verhandlung-
en schweben und daß es nicht unmöglich ist, daß in nicht zu ferner
Zeit ein diesbezüglicher preussischer Antrag an den Bundesrath ge-
langt. Eigentliche Beratungen dieses Gegenstandes haben bisher im
preussischen Staatsministerium nicht stattgefunden. Bezüglich des
Reichseisenbahnprojekts haben bisher Verhandlungen nur in den be-
theiligten Ressorts stattgefunden können, weil die Basis, um hier vor-
wärts zu gehen, ganz außerordentlich schwierige Ermittlungen und
Feststellungen erforderte. Wie übrigens das Projekt zur Ausführung
gelangen soll, entzieht sich augenblicklich meiner Beurtheilung. Ich
kann dem Abg. Berger gegenüber nicht anerkennen, daß gerade das
Schweben dieses Projekts einen fördernden Einfluß auf die Lage der
Industrie ausübe. Ich theile aber den Wunsch, daß diese Angelegen-
heit so bald als möglich zu einem friedlichen Abschluß nach der einen
oder anderen Seite gelangen möge. Ich empfehle die Annahme der
Vorlage, nachdem sie in der Vorlage gründlich geprüft worden ist.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und die Vorlage an die
Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die
evangelische Kirchenverfassung in der Provinz
Schleswig-Holstein und in dem Amtsbezirk des
Konfiskatoriums zu Wiesbaden. In der Debatte über § 1
erklärt sich Abg. Bräuel gegen die Vorlage, die gegen den Willen
der Kirche in Schleswig-Holstein zu Stande gekommen sei; von dem
Entwurfe der Gemeinde- und Synodalordnung, welche die außeror-
dentliche Synode in Schleswig-Holstein 1871 ausgearbeitet habe, welche
die vorliegende bedeutend ab, besonders sei das Widerspruchsrecht der
Gemeinden eingeführt worden. Dem Staate seien zu weitgehende
Befugnisse eingeräumt worden. Die Ausdehnung der Synodalord-
nung auf alle evangelischen Gemeinden des Amtsbezirks Wiesbaden,
ohne Rücksicht, ob dieselben unit oder lutherisch oder reformirt seien,
sei völlig unzulässig.

Abg. Schumann: Die wenigen Veränderungen, welche die
Kommission vorgenommen hat, zeigen wohl, daß das Recht des Staates
und der Kirchenprovinzen gleich gewahrt sein wird. Ein Fehler
sei es, daß man 1866 die kirchlichen Verhältnisse der neuen Provinzen

nicht mit denen der alten Provinzen in Uebereinstimmung gebracht
habe. Trotzdem und vielleicht gerade deswegen hätte es in den neuen
Landestheilen viele renitente Pfarren und Gemeinden gegeben. Wel-
ches Ziel verfolgte die Regierung? Sollen die Zustände für alle Zei-
ten konstant werden? Es giebt viele Männer, die eine Vereinigung
aller Kirchgemeinden des ganzen preussischen Staates wünschen.
Wenn trotzdem ein solches Bild Sonderrecht zugesprochen würde, so
hoffe man, daß dies ein weiterer Schritt zur Herstellung einer ein-
heitlichen evangelischen Landeskirche sei, die auf dem Boden des Ge-
meinderectes sich entwickeln und in weitherzigem Geiste und schonen-
der Weise alle Glieder umfassen soll. (Beifall.)

Abg. Birchow glaubt, daß die Männer, welche mit dem Vor-
redner gleichen Sinnes sind, sich in ihren Hoffnungen täuschen wer-
den. Vielleicht sei es nicht einmal der Sinn des Protestantismus, zu
einer solchen Einheitlichkeit zu gelangen. Wenn man eine Landes-
kirche schaffen wolle, so sei es doch ein verkehrter Weg, erst Pro-
vinzialkirchen zu schaffen. Man hätte doch warten sollen, was die
Synoden zu Tage fördern, denn die Synoden seien der Platz, auf
dem die Differenzen zwischen Orthodorie und Häeresie zur Erlei-
chung kämen; da hätte es sich denn entschieden, ob die Herren von der
linken Seite das Uebergewicht behalten hätten. Was die Dransi-
fation angehe, so sei man von Seiten der Kirche immer bestrebt,
diese Angelegenheit als dogmatisch zu betrachten, trotzdem davon bei
der evangelischen Kirche gar keine Rede sein könne, wie dies bei den
Katholiken wohl der Fall sein könne. Auch der Protestantismus strebe
nach einer freientwickelten Kirche; der Landtag soll nichts da-
mit zu thun haben; nach diesen Ideen solle die evangelische Kirche
ebenfalls gestaltet werden, wie die katholische, vorläufig ohne Papst. Die
kirchliche Organisation in Schleswig-Holstein sei stets Sache der
Gesetzgebung gewesen und es sei zweifelhaft, ob der Landesherzog das
Kirchenregiment dort in derselben Weise ausübe, wie in den alten
Provinzen. Redner tadelt, daß das Wahlrecht der Gemeinde so er-
heblich beschränkt sei; es müsse genau ausgesprochen sein, in welchen
Fällen eine Pfarrwahl nicht bestätigt wird. Wenn in dem Hof-
bach'schen Falle die Entscheidung dahin gegangen sei, daß derselbe
nicht bestätigt, so könne er das nicht verstehen. Denn wenn in einem
Paragraphen ausdrücklich stehe, die Bestätigung könne nur aus den
vier angeführten Gründen verweigert werden, so gehört doch ein etwas
starkes juristisches Interpretationsvermögen dazu, noch nachzuweisen,
daß anderswo noch Gründe stehen. Wenn, wie dies in diesem Gesetze
geschehe, der Kultusminister in allen Fällen für Schleswig-Holstein
und Nassau die zweite Instanz sei, so schaffe das keine freie Kirche; es
sei aber ein Korrektiv gegen die Herrschaft der Provinzialkirchen, das
so lange bestehen müsse, als man Provinzialkirchen schaffe; deren
Herrschaft sei gefährlich für die Kirche, wie die Vorgänge in
Kiel beweisen, wo man gegen den Pastor Dittmann, der in einer
wissenschaftlichen Abhandlung — nicht auf der Kanzel — über die
Wunder eine heterodoxe Meinung ausgesprochen hat, disziplinarisch
vorgegangen ist; und dabei sprach er nicht einmal von der wunder-
baren Entfaltung des Christenthums, sondern nur von den andern
Wundern, die man als Sekundärwunder bezeichnen könnte. Dieses
Konfiskatorium in Kiel würde kein Bedenken tragen, den Pfarrer Hof-
bach nicht nur nicht zu bestätigen, sondern es würde ihn sogar noch
beim Krage kriegen, wegen seiner Lehre befragen und absetzen. Ob
man mit einem solchen Konfiskatorium kirchlichen Frieden schafft, möchte
ich bezweifeln. Man muß deshalb vorsichtig in der Abgrenzung der
Befugnisse der Konfiskation sein.

Kultusminister Falk: Das vorliegende Gesetz ist in durchaus
richtiger kirchlicher Form zu Stande gekommen, unter Zustimmung
der kirchlichen Organe; eine Beschränkung des landesherrlichen Kir-
chenregiments, wie sie der Abg. Birchow vermutet, besteht in keiner
Weise. Nur die Männer der äußersten Opposition haben sich gegen
die Kirchenverfassung ausgesprochen, aber der Provinziallandtag, in
dem Männer der kirchlichen Gesinnung sitzen, hat sich mit derselben
einverstanden erklärt. Auch das Konfiskatorium ist dafür eingetreten
und hat mich gebeten, das Zustandekommen des Gesetzes möglichst zu
beschleunigen. Wenn der Abg. Birchow wieder auf das von ihm ver-
tretene Gemeindeprinzip hingewiesen hat, so kann ich nur bemerken,
es ist mein Ideal, nicht bloß eine preussische, sondern eine deutsche
evangelische Kirche entstehen zu sehen; aber ich glaube, daß
man keinen Zwang ausüben darf; diese Einigung muß her-
vorgehen aus der freien Initiative der kirchlichen Körper, die
man nur anregen, nicht zwingen darf, wenn nicht dieselben Vor-
gänge sich wiederholen sollen, die bei Schaffung der Union sich
ereigneten. In Nassau hat man den Gedanken des Anschlus-
ses an die alten acht Provinzen schon vielfach ventiliert. Ueber
den Hofbach'schen Fall habe ich früher geschwiegen, und diesen
Standpunkt mit einer gewissen Härte gewahrt, weil ich der Ansicht
bin, daß ich bei Dingen, die die kirchlichen Behörden innerhalb ihrer
Kompetenz vorliegen, nichts zu sagen habe. Nunmehr ist der Hof-
bach'sche Fall zur Entscheidung gelangt. Wenn ich heute über den-
selben etwas vortragen wollte, so würde ich mir ungetrennt werden.
Aber glücklicherweise bin ich in der Lage, ohne Kritik zu üben, meine
Meinung vorzutragen. In diesem Gesetze liegt eine ganz andere Be-
stimmung vor, als in der Synodalordnung für die alten Provinzen.
Der erste wesentliche Unterschied ist der, daß die Synodalordnung
von 1874 ein zweifaches Verfahren kennt: ein Einspruchs- und ein
Bestätigungsverfahren. Die Besonderheit ist so scharf, daß für jedes
Verfahren besondere Instanzen bestehen; insofern es sich nämlich um
Gaben und Wandel handelt, ist der Kreis synodaler Vorstand die erste,
das Konfiskatorium die zweite Instanz; in Bezug auf den Einspruch
wegen der Lehre sind erste und zweite Instanz dieselben, wie beim
Bestätigungsverfahren. Hier in dem vorliegenden Gesetze ist aber
nur ein Verfahren angeordnet. Man darf aber dabei nicht ver-
gessen, daß in Nassau kein allgemeines Landrecht besteht. Persönlich
möchte ich noch den Abg. Birchow bitten, doch solche Ausdrücke, die
das religiöse Gefühl verletzen könnten, nicht zu gebrauchen: Der Aus-
druck „Sekundärwunder“ sei ein solcher.

Abg. Dr. Bach bittet das Haus, die Vorlage anzunehmen, da
dieselbe in der Provinz Schleswig-Holstein freudige Zustimmung
gefunden habe; sie enthalte noch manche Mängel, sei aber entschieden
ein Weg zur Besserung. Das Recht des summus episcopus bestche
vollständig zu Recht, und die Zweifel des Abg. Birchow seien des-
halb unbegründet. Die Vorchrift, daß der Kultusminister die
höchste Instanz sei, bürge dafür, daß die Einheitlichkeit aufrecht er-
halten werde.

Abg. Reinde erklart in der Vorlage nur eine Konzession an
den Radikalismus und an das absolute Staatskirchentum und kann
deshalb für dieselbe nicht stimmen. Eine Erneuerung des kirchlichen
Lebens werde man von ihr vergeblich erwarten, da sie die Freiheit
der Kirche in spanische Stiefel schneit. Namentlich sei das Wahl-
gesetz zu verwerfen, welches sogar der Sozialdemokratie den Weg zu
den kirchlichen Organen ebne.

Abg. Koebig steht in dem Gesetz einen Schritt der Vereini-
gung der neuen Provinzen mit den alten und hofft, daß dasselbe
innerhalb der Kirche eine positivere Richtung zur Geltung bringen
werde; man werde noch von dem Standpunkte der Laienbetheiligung
zu ½ zurückkommen, wenn sich die Dinge in Berlin erst einmal ent-
wickelt hätten.

Abg. Dr. Hänel bezeichnet die Vorlage als ein trübes Gemisch
von liberalen Zugeständnissen und bürokratischer Herrschaft. Die
Synode habe an der Verwaltung nur scheinbar Antheil, in Wirk-
lichkeit bestche das Konfiskatorium die Verfügung über die ganze Ver-
waltung. Indem man aber der Synode an der Verwaltung keinen
Antheil gewähre, und ihr nur einige verschwommene gesetzgeberische
Befugnisse übertrage, verleihe man das sonst bei uns geltende Prinzip
der Selbstverwaltung. Auffallend müsse es auch erscheinen, daß der
Entwurf im Vergleich mit der Synodalordnung für die alten Pro-
vinzen wesentliche Differenzen aufweise, namentlich betreffs der Zu-
sammensetzung der Generalsynoden. In Schleswig-Holstein sei das
Recht der Gemeinden, ihre Pfarren selbst zu wählen, niemals be-
stritten worden und habe auch das Patronat niemals den Einfluß
ausgeübt, wie in den alten Provinzen. In der jetzigen Fassung könne
er die Vorlage nicht akzeptieren.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Birchow, daß er mit dem Ausdruck „se-
kundäre Wunder“ keinen verletzenden Nebenbegriff verbunden habe
und auch wenigstens bei den im gewöhnlichen Sinne Glückigen nicht
habe verletzen können, da es ja fundamentale Wunder und solche min-
derer Ordnung gebe, an die nicht zu glauben auf den Bestand der be-
treffenden Kirche keinen Einfluß habe.

Referent Abg. Richter (Sangerhausen) bemerkt dem Abg.
Reinde, daß die neue Kirchengemeinde- und Synodalordnung einem
Eindringen der Sozialdemokratie in die Kirche keinen Vorstoß leiste,
denn der § 10 schreibe ausdrücklich vor: Wählbar sind die wahlberech-
tigten Mitglieder der Gemeinde, welche über 30 Jahre alt und sitti-
lich unbefehlten sind, auch nicht durch Fernhaltung vom dem
öffentlichen Gottesdienste und dem heiligen Abendmahl
die Bethätigung ihrer kirchlichen Gemeinschaft in unab-
lässiger Weise unterlassen haben. Die Klagen des Abg. Hänel
über die Macht und den Einfluß der Konfiskation seien wohl berech-
tigt, aber die Oberentscheidung des Kultusministers bilde dafür ein
wirksames Korrektiv. Daß die evangelische Kirche sich täusche in ihren
Hoffnungen, daß die Synodalordnung einigend wirken werde, könne
er (Reinder) nicht zugeben; denn man habe eben noch gar keine Erfah-
rungen gemacht. Referent bittet um Annahme des Gesetzes.

Vom Abg. Schumann liegt ein Antrag vor, über das ganze
Gesetz ohne weitere Diskussion en bloc abzustimmen. — Abg. Bräuel
hat zwar den Wunsch, in Bezug auf die Synodalordnung für Nassau
noch Einiges zu sprechen; in der Hoffnung aber, daß ihm dies bei der
dritten Lesung möglich sein werde, will er gegen die Zulässigkeit des
Antrages Schumann keinen Widerspruch erheben. — Abg. Birchow
erhebt diesen Widerspruch; in Folge dessen werden die einzelnen Pa-
ragraphen aufgerufen und sämtlich ohne Debatte angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonabend 12 Uhr. (Fort-
setzung der Synodalordnungen für Schleswig-Holstein und Nassau
in dritter Lesung.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 15. März. Die Agitation der Schutzöllner
im Reichstage — „wirtschaftliche freie Vereinigung“ ist ihr
Schmelzname, den sie sich selbst beigelegt haben — ist eine außer-
ordentlich ruhige und auch nicht ganz erfolglose. Die Zahl ihrer
unbedingten Anhänger im Reichstage hat zwar nicht zugenommen,
aber sie haben durch Kompromisse sich doch eine weitere Anhänger-
schaft gewonnen. Seitdem der Zentralverband der deutschen Indu-
striellen die langgeheute Fühlung mit den Agrariern gewonnen, dür-
fen auch die Schutzöllner des Reichstages auf die Stimmen eines
Theiles der Konservativen rechnen. Letzteren würde es sehr willkom-
men sein, bildeten die Korn- und Viehhölle das Kompensationsobjekt
bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich. Dieser
Preis wäre auch den Schutzöllnern Recht, wenn sie damit den auto-
nomen Tarif erlangen und den Konventionaltarif beseitigen könnten.
Die Schutzöllner werden diese Frage im Reichstage zur Besprechung
bringen. Man darf sich nicht verhehlen, daß es vorwiegend von der
mehr oder minder geschickten Fassung des Antrages abhängt, den die
Schutzöllner sicherlich einbringen werden, ob derselbe eine Majorität
findet. Sicher ist, daß selbst die geringste Majorität für einen sol-
chen Antrag ausreichen würde, um in den Regierungskreisen den
Ausschlag für eine Aenderung der bisherigen Zollpolitik zu geben.
Die erwähnte Aenderung der Korn- und Viehhölle ist übrigens auch
dazu angethan, die Stimmen von Abgeordneten aus den östlichen
preussischen Provinzen zu gewinnen, weil diese Zolländerung ihre
Spitze ebenföhr gegen Rußland wie gegen Oesterreich kehrt.

Der Bundesrath hielt am Donnerstag im Reichskanzler-
amt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Hof-
mann. Verschiedene Mittheilungen des Präsidenten des Reichstages
wurden entgegen genommen, beziehungsweise den Ausschüssen über-
wiesen. Das Stellvertretungsgesetz wird unverändert dem Kaiser zur
Vollziehung vorgelegt werden. Die Vorlagen, betreffend die Kinder-
pep in Deutschland in den Jahren 1872—1877 u. s. w.; die allgemeine
Rechnung über den Reichshaushalt für 1874 und den weiteren Ver-
lauf und Erfolg der Ausgrabungen auf dem Boden des alten Olympia
gingen an die Ausschüsse. Es folgte die Neuwahl von Mitgliedern
der Reichsschuldenkommission. Ein Antrag, betreffend die Dechar-
gierung der Rechnung der Kasse des Rechnungshofes für 1876/77 wurde
genehmigt und mündliche Berichte wurden erstattet über den Entwurf
eines Gesetzes betreffend den Bau von Eisenbahnen in Lothringen;
über die Vorlage betreffend die Prüfung der Thierärzte und über die
Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen der Beglaubig-
ung öffentlicher Urkunden. — Die vereinigten Bundesrathsausschüsse
für Justizwesen und für Handel und Verkehr haben, wie gemeldet
wird, zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit
Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen
folgenden Antrag gestellt:

Der Bundesrath wolle dem Gesetzentwurfe mit nachstehenden
Änderungen die Zustimmung erteilen: Der § 1 ist also zu fassen:
Der Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln, mit Gegenständen,
welche zur Haushaltung, häuslichen Einrichtung, Geschäftseinrichtung
oder zur Kleidung bestimmt sind, oder mit Spielwaren unterliegt
der Beaufsichtigung nach Maßgabe dieses Gesetzes. — Der § 3 soll
lauten: Die Beamten der Gesundheitspolizei sind befugt, von Gegen-
ständen der im § 1 bezeichneten Art, welche in den in § 2 angegebe-
nen Räumlichkeiten u. s. w. — Der § 5 erhält folgende Fassung:
Für das Reich können durch Beschluß des Bundesraths zum Schutze
der Gesundheit Bestimmungen erlassen werden: 1) über die Art der
Herstellung, der Aufbewahrung und Verpackung von Nahrungsmitteln
oder Genussmitteln, die zum Verlaufe bestimmt sind; 2) u. s. w. — Der
§ 6 soll lauten: Für das Reich kann durch Beschluß des Bundes-
raths die gewerbmäßige Herstellung, der Verkauf und das Vertheilen
von Gegenständen, welche zur Fälschung von Nahrungsmitteln
oder Genussmitteln bestimmt sind, verboten oder beschränkt werden. —
Der § 7 ist dahin zu fassen: Wer den auf Grund der §§ 5, 6 er-
lassenen Verordnungen zuwiderhandelt wird mit Geldstrafe bis zu
einundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft. Landesgesetzliche
Vorschriften dürfen eine höhere Strafe nicht androhen. — Der § 8
soll lauten: Wer den Vorschriften der §§ 2 bis 4 zuwider den Eintritt
in die Räumlichkeiten, die Revision derselben oder die Entnahme
einer Probe verweigert, wird mit Geldstrafe von fünfzig bis zu ein-
hundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft. — Der § 9 erhält
folgende Fassung: Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit
Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen
wird bestraft: 1) Wer zum Zwecke der Täuschung im Handel
Nahrungsmittel oder Genussmittel nachmacht oder mit dem Schein einer
besseren Beschaffenheit versehen oder dadurch verschlechtert, daß er sie
mittels Entnehmens oder Zugewins von Stoffen oder in anderer
Weise verfälscht; 2) wer wissenschaftlich Nahrungsmittel oder Genussmittel
welche verdorben oder nachgemacht oder fälschlich mit dem Schein
einer besseren Beschaffenheit versehen oder durch Verfälschung ver-
schlechtert sind, unter Verschweigung dieses Umstandes veräußert oder
unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält. — De-
§ 15 soll lauten: In den Fällen der §§ 11, 12, 14 ist neben der Strafe
auf Einziehung der Gegenstände zu erkennen, welche den bezeichneten
Vorschriften zuwider hergestellt, veräußert, feilgehalten oder sonst in
Verkehr gebracht sind, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten ge-

Paris 15. März. Brodtenmarkt. (Schlußbericht.)
 Weizen fest, pr. März 31.50, pr. April 31.50, pr. Mai-Juni
 31.50, per Mai-August 31.50. Weib fest, per März 65.50,
 per April 65.75, Mai-Juni 66.00, per Mai-August 66.00. Rübs
 matt, pr. März 92.00, pr. April 92.25, per Mai-August 92.50,
 per September-Dezember 90.75 Spiritus fest, per März 61.25,
 pr. Mai-August 62.25. Wetter: Bedeckter Himmel.

Gründungs-Börse

Berlin, 15. März. Wind: N. — Barometer: 28.3 — Thermometer: 0° R. — Witterung: Schneest.

Weizen loco per 1000 Kilogramm M. 185-225 nach Qualität gelb, gelber märkischer 197-202,5 ab Bahn bez., per diesen Monat bez., per April-Mai 202-202,5 bez., per Mai-Juni 204 bez., per Juni-Juli 206 bez., per Juli-August bez., Roggen loco per 1000 Kilogramm 133-147 M. nach Qualität gefordert, russischer 133-137 ab Bahn bez., feiner do. — do., ungarischer 140-146 do., per diesen Monat —, per April-Mai 145-145,5 bez., per Mai-Juni 143-143,5 bez., per Juni-Juli do., per Juli-August bez. — Gerste loco per 1000 Kilogramm M. 130-200 nach Qualität gelb, — Hafer loco per 1000 Kilogramm 95-165 nach Qualität gelb, — ost- und westpreussischer 120-140, russischer 105-140, baltischer 130-140, schlesischer 130-140, galizischer —, böhmischer 130-140, feiner russischer 145-150 ab Bahn bez., per diesen Monat bez., per April-Mai 137 bez., per Mai-Juni 139 bez., per Juni-Juli 141,5 bez., — Erbsen per 1000 Kilogramm Rothe 155-195 nach Qualität, Futterwaare 136-153 nach Qualität. — Kaffee per 1000 Kilogramm — bez. — Kaffee — bez. — Kaffee loco per 100 Kilogr. ohne Fass 60,5 bez. — Kaffee per 100 Kilogramm loco ohne Fass 68 bez., mit Fass — bez., per diesen Monat 68 bez., per März-April — bez., per April-Mai 67,9-67,6-67,8 bez., per Mai-Juni 67,9-67,6-67,9 bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August — bez., per September-Oktober 65,5 bez. — Petroleum (russ.) (Standard white) per 100 Kilogramm mit Fass loco 24,7 bez., per diesen Monat 24,4 bez., per März-April 24,2 bez., per April-Mai — bez., per September-Oktober 26 bez.

Berlin, 15. März. Die Meldungen der westlichen Plätze hatten gestern Abend ziemlich fest gelautet: die Wiener Börse eröffnete matt, und matt war auch die Stimmung hier vor der Börse, doch befestigte sich die Haltung schnell innerhalb der Börse. Die Course der leitenden Papiere hoben sich sofort auf den gestrigen Stand und überschritten denselben theilweise nicht unbedeutend. Die vorliegenden politischen Nachrichten hatten fast gar keinen Einfluss geübt und boten heute kaum den Stoff für die Unterhaltung der Börsebesucher. Den Anstoß zu der Bewegung auf dem Effectenmarkt hatte die überraschend günstige Februar-Einnahme der Königl. Preuss. Eisenbahn-Gesellschaft gegeben, welche etwa 400,000 Mark mehr ergeben hat. Diese Einnahme zeigt eine unverhofft vortheilhaftige Betriebs-Entwicklung und ließ heute auch für die noch rück-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. März 1878.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe 4 1/2	105,00	Consol. Anleihe 4 1/2	105,00
do. neue 1876	96,75	do. neue 1876	96,75
Staats-Anleihe 3 1/2	96,60	Staats-Anleihe 3 1/2	96,60
Staats-Schuld. 3 1/2	92,60	Staats-Schuld. 3 1/2	92,60
Reichs-Anl. 4 1/2	91,25	Reichs-Anl. 4 1/2	91,25
Reichs-Schuld. 4 1/2	101,75	Reichs-Schuld. 4 1/2	101,75
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	102,00	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	102,00
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	90,00	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	90,00
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	102,00	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	102,00
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	102,50	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	102,50
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,00	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,00
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	101,30	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	101,30
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	105,50	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	105,50
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,00	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,00
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	85,10	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	85,10
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	84,20	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	84,20
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,30	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,30
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	102,70	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	102,70
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	83,90	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	83,90
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,40	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,40
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,90	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,90
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	84,00	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	84,00
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,30	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,30
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	102,25	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	102,25
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,00	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,00
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,00	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,00
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	85,30	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	85,30
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,10	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,10
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	84,00	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	84,00
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,30	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,30
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,75	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,75
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	105,00	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	105,00
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,40	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	101,40
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,70	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,70
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,80	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,80
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,80	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,80
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,75	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	95,75
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	98,40	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	98,40
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	96,20	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	96,20
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,80	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	95,80
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	20,33	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	20,33
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	500 Gr.	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	500 Gr.
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	4,185	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	4,185
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	16,67	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	16,67
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	1395	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	1395
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	81,25	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	81,25
Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	170,60	Reichs-Stadt-Anl. 4 1/2	170,60
Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	220,80	Reichs-Stadt-Schuld. 4 1/2	220,80

Deutsche Fonds.

Reichs-Anl. 4 1/2	139,10	Reichs-Anl. 4 1/2	139,10
Reichs-Schuld. 4 1/2	242,50	Reichs-Schuld. 4 1/2	242,50
Reichs-Anl. 4 1/2	121,70	Reichs-Anl. 4 1/2	121,70
Reichs-Schuld. 4 1/2	135,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	135,00
Reichs-Anl. 4 1/2	121,00	Reichs-Anl. 4 1/2	121,00
Reichs-Schuld. 4 1/2	82,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	82,00
Reichs-Anl. 4 1/2	101,75	Reichs-Anl. 4 1/2	101,75
Reichs-Schuld. 4 1/2	111,25	Reichs-Schuld. 4 1/2	111,25
Reichs-Anl. 4 1/2	117,00	Reichs-Anl. 4 1/2	117,00
Reichs-Schuld. 4 1/2	107,70	Reichs-Schuld. 4 1/2	107,70
Reichs-Anl. 4 1/2	106,20	Reichs-Anl. 4 1/2	106,20
Reichs-Schuld. 4 1/2	173,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	173,00
Reichs-Anl. 4 1/2	170,00	Reichs-Anl. 4 1/2	170,00
Reichs-Schuld. 4 1/2	18,50	Reichs-Schuld. 4 1/2	18,50
Reichs-Anl. 4 1/2	105,50	Reichs-Anl. 4 1/2	105,50
Reichs-Schuld. 4 1/2	187,25	Reichs-Schuld. 4 1/2	187,25
Reichs-Anl. 4 1/2	100,50	Reichs-Anl. 4 1/2	100,50
Reichs-Schuld. 4 1/2	92,50	Reichs-Schuld. 4 1/2	92,50
Reichs-Anl. 4 1/2	100,50	Reichs-Anl. 4 1/2	100,50
Reichs-Schuld. 4 1/2	95,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	95,00
Reichs-Anl. 4 1/2	94,25	Reichs-Anl. 4 1/2	94,25
Reichs-Schuld. 4 1/2	94,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	94,00
Reichs-Anl. 4 1/2	96,50	Reichs-Anl. 4 1/2	96,50
Reichs-Schuld. 4 1/2	88,70	Reichs-Schuld. 4 1/2	88,70

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	170,10	Amsterd. 100 fl. 8 Z.	170,10
London 100 £. 8 Z.	169,10	London 100 £. 8 Z.	169,10
Paris 100 fr. 8 Z.	220,30	Paris 100 fr. 8 Z.	220,30
Bombay 100 Rs. 8 Z.	219,60	Bombay 100 Rs. 8 Z.	219,60
Calcutta 100 Rs. 8 Z.	220,50	Calcutta 100 Rs. 8 Z.	220,50
Manila 100 P. 8 Z.	170,10	Manila 100 P. 8 Z.	170,10
Peking 100 Taels 8 Z.	220,30	Peking 100 Taels 8 Z.	220,30
Singapore 100 D. 8 Z.	219,60	Singapore 100 D. 8 Z.	219,60
Swatow 100 D. 8 Z.	220,50	Swatow 100 D. 8 Z.	220,50
Yokohama 100 Y. 8 Z.	170,10	Yokohama 100 Y. 8 Z.	170,10
*) Zinsfuß der Reichs-Bank für		*) Zinsfuß der Reichs-Bank für	
Reichs-Anl. 4 1/2	170,10	Reichs-Anl. 4 1/2	170,10
Reichs-Schuld. 4 1/2	169,10	Reichs-Schuld. 4 1/2	169,10
Reichs-Anl. 4 1/2	220,30	Reichs-Anl. 4 1/2	220,30
Reichs-Schuld. 4 1/2	219,60	Reichs-Schuld. 4 1/2	219,60
Reichs-Anl. 4 1/2	220,50	Reichs-Anl. 4 1/2	220,50
Reichs-Schuld. 4 1/2	170,10	Reichs-Schuld. 4 1/2	170,10
Reichs-Anl. 4 1/2	169,10	Reichs-Anl. 4 1/2	169,10
Reichs-Schuld. 4 1/2	220,30	Reichs-Schuld. 4 1/2	220,30
Reichs-Anl. 4 1/2	219,60	Reichs-Anl. 4 1/2	219,60
Reichs-Schuld. 4 1/2	220,50	Reichs-Schuld. 4 1/2	220,50

Bank- und Credit-Aktien.

Reichs-Anl. 4 1/2	104,10	Reichs-Anl. 4 1/2	104,10
Reichs-Schuld. 4 1/2	35,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	35,00
Reichs-Anl. 4 1/2	46,25	Reichs-Anl. 4 1/2	46,25
Reichs-Schuld. 4 1/2	39,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	39,00
Reichs-Anl. 4 1/2	113,50	Reichs-Anl. 4 1/2	113,50
Reichs-Schuld. 4 1/2	68,10	Reichs-Schuld. 4 1/2	68,10
Reichs-Anl. 4 1/2	143,25	Reichs-Anl. 4 1/2	143,25
Reichs-Schuld. 4 1/2	6,00	Reichs-Schuld. 4 1/2	6,00

Spiritus per 100 Lit. a 100 pSt. = 10,000 pSt. ohne Fass 51,8 bez., per diesen Monat 51,5-51,7 bez., per März-April do., per April-Mai 51,7-51,9 bez., per Mai-Juni 52-52,1 bez., per Juni-Juli 53-53,1 bez., per Juli-August 54-54,1 bez., per August-September 54,6-54,7 bez., — Mais per 1000 Rilo loco alter 141-146 gefordert, do. neuer —, defekter molarer —, def. ruffischer —, geringer ruff. —, rumänischer 141-143 ab Bahn bez., bessarabischer do. bez., equifer. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogramm Brutto incl. Sack per diesen Monat 19,45 bez., per März-April 19,45 bez., per April-Mai 19,65 bez., per Mai-Juni 19,85 bez., per Juni-Juli 20 bez., per Juli-August 20,10 bez., — Weizen Nr. 0 28,00-27,00, Nr. 0 und 1 26,50-25,50. Roggenmehl Nr. 0 22,25-20,00, Nr. 0 und 1 19,50-17,50 per 100 Rilo loco Brutto incl. Sack. (B. u. S.-Bz.)

Stettin, 15. März. An der Börse. (Wöchentlich Bericht.) Wetter: Nicht bewölkt. + 2° R. Morgens — 4° R. Barometer: 28.5. Wind: Ost.

Weizen wenig verändert, per 1000 Rilo loco gelber geringer 170 bis 179 M., mittel 185-199 M., feiner bis 204 M., weißer geringer 176 bis 190 M., mittel 192-203 M., feiner bis 210 M., per Frühjahr 203,5-204 M. bez., per Mai-Juni 205-205,5 M. bez., per Juni-Juli 206,5 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Rilo loco inländischer 130 bis 137 M., ruffischer 130-136 M., per Frühjahr 138,5-139,5 M. bez., per Mai-Juni 140,5-140,5 M. bez., per Juni-Juli 141,5-141,5 M. bez. — Gerste loco per 1000 Rilo loco Bran- 160-174 M., Futter- 118-137 M. bez. — Hafer loco per 1000 Rilo loco alter 146-156 M., neuer 120-135 M. — Erbsen und Wintererbsen geschäftlos. — Rübsen höher, per 100 Rilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 72 M. Br., per März 68,5

ständigen Februaraufweise der Eisenbahn-Gesellschaften günstige Ergebnisse erwarten. Königl. Preuss. Eisenbahn-Aktien zogen sofort über 2 Prozent an, Rheinische folgten zunächst, und auch Bergische stellten sich höher. Die gegen baar gehandelten Eisenbahnaktien erschienen gleichfalls recht fest, und bedangen vielfach Kleinigkeiten mehr. Bevorzugt erschienen Märkisch-Posener Stammprioritäten auf 4 1/2 pSt. Dividende und rumänische Eisenbahn-Papiere. Im Uebrigen blieben die Umsätze beschränkt. Kreditaktien hoben sich rasch etwas über den gestrigen Schluss; Franzosen erhielten allmählich eine kleine Besserung. Diskonto-Kommandit-Antheile und Laurahütte waren gut bezahlt, aber wenig verändert. Russische Anleihen stellten sich 3/8 höher, wurden aber schnell durch überwiegendes Angebot gedrückt. Andere fremde Renten zeigten bei sehr kleinem Geschäft fast gar keine

Central-B. f. Bauten	4,50	Phänix B.-M. Lit. B.	3,00
Central-B. f. Ind. u. H.	70,60	Reichenhütte	80,00
Central-B. f. Ind. u. H.	11,50	Rhein-Nass. Bergwerk	80,00
Central-B. f. Ind. u. H.	77,00	Rhein-Westf. Ind.	11,50
Central-B. f. Ind. u. H.	69,25	Südwestf. Ind.	11,50
Central-B. f. Ind. u. H.	67,25	Union-Eisenwerk	15,00
Central-B. f. Ind. u. H.	27,00	Unter den Linden	119,00
Central-B. f. Ind. u. H.	105,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	108,60	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	96,40	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	61,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	110,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	92,50	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	87,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	89,25	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	17,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	118,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	73,30	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	47,90	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	86,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	101,10	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	94,10	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	83,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	105,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	67,50	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	42,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	106,50	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	63,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	61,25	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	74,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	93,75	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	77,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	136,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	70,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	40,50	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	105,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	90,50	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	46,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	102,90	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	96,25	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	117,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	123,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	81,90	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	18,25	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	0,40	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	103,90	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	104,75	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	53,25	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	79,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	53,00	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	112,60	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	74,50	Westf. Bau- u. Holz	8,10
Central-B. f. Ind. u. H.	0,10	Westf. Bau- u. Holz	8,10

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

do. Reichsbank	4 1/2	27,40	b	Ⓞ
do. Unionbank	fr.	17,00	Ⓞ	
Discont.-Comm.	4	118,00	b	Ⓞ
do. Pro.-Discont.	4			
Geraer Bank	4	73,30	Ⓞ	
do. Handelsbank	4	47,90	Ⓞ	
Gew.-S. G. Schiffer	fr.			
Gothaer Privatbank	4	86,00	Ⓞ	
do. Grundcreditt.	4	101,10	Ⓞ	
Hypothek. (Hübner)	4	94,10	b	Ⓞ
Königsb. Vereinsbank	4	83,00	b	Ⓞ
Leipziger Creditbank	4	105,00	Ⓞ	
do. Discontobank	4	67,50	Ⓞ	
do. Vereinsbank	fr.			
do. Wechselbank	fr.	42,00	Ⓞ	
Magdeb. Privatbank	4	106,50	b	Ⓞ
Medlenb. Bodencredit	4	63,00	b	Ⓞ
do. Hypoth.-Bank	4	61,25	B	
Meininger Creditbank	4	74,00	Ⓞ	
do. Hypothekenb.	4	93,75	Ⓞ	
Niederlausitzer Bank	4	77,00	Ⓞ	
Norddeutsche Bank	4	136,00	b	Ⓞ
Nordb. Grundcredit.	4	70,00	b	Ⓞ
Nöcker. Credit	4			
do. Deutsche Bank	fr.			
Öfentliche Bank	fr.			
Pofener Spiritactien.	4	40,50	Ⓞ	
Petersb. Discontobank	4	105,00	Ⓞ	
do. Intern. Bank	4	90,50	Ⓞ	
Pofen. Landwirthsch.	4	46,00	Ⓞ	
Pofener Prov.-Bank	4	102,30	b	Ⓞ
Preng. Bank-Anth.	4 1/2			
do. Bodencredit	4	96,25	b	Ⓞ
do. Centralboden.	4	117,00	B	
do. Hyp. Spielb.	4	123,00	b	Ⓞ
Prodnut.-Handelsbank	4	81,90	b	Ⓞ
Prov.-Gewerbeh.	4	18,25	b	Ⓞ
Ritterth. Privatbank.	fr.	0,40	B	
Sächfische Bank	4	103,90	B	
do. Bankverein	fr.			
do. Creditbank	fr.	104,75	b	Ⓞ
Schaffhauf. Bank.	4	53,25	b	Ⓞ
Schlef. Bankverein	4	79,00	b	Ⓞ
Schlef. Vereinsbank	fr.	53,00	B	
Südd. Bodencredit	4	112,60	b	Ⓞ
Thüringische Bank	fr.	74,50	b	Ⓞ
Vereinsbank Quisthorp	fr.	0,10	Ⓞ	
Altona-Kiel	4			
Bergisch-Märkische	4			
Berlin-Anhalt	4			
Berlin-Dresden	4			
Berlin-Höftig	4			
Berlin-Hamburg	4			
Berliner Nordbahn	fr.			
Bri.-Potsd.-Magdeb.	4	78,10	b	Ⓞ
Berlin-Stettin	4	92,75	b	Ⓞ
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	65,50	b	Ⓞ
Cöln-Minden	4	95,25	b	Ⓞ
do. Litt. B.	4			
Salz.-Braun.-Euben	4	13,90	b	Ⓞ
Hann.-Altenbeken	4	11,25	b	Ⓞ
do. II. Serie	4			
Märkisch-Pommern	4	18,30	b	Ⓞ
Magd.-Halberstadt	4	16,00	b	Ⓞ
Magdeburg-Leipzig	4			
do. do. Litt. B.	4			
Münster-Hamm	4			
Nieder-Rhein-Märkisch	4	96,50	Ⓞ	
Nordhausen-Gesfurt	4	18,40	b	Ⓞ
Oberschl. Litt. A. u. O.	4	22,40	b	Ⓞ
do. Litt. B.	4	114,70	b	Ⓞ
do. Litt. E.	4			
Ostpreuss. Südbahn	4	38,00	b	Ⓞ
Pomm. Centralbahn	fr.			
Rechte Oder-Nerabahn	4	99,25	b	Ⓞ
Rheinische	4	96,75	b	Ⓞ
do. Litt. B. u. St. gar.	4	93,50	b	Ⓞ
Rhein-Nahebahn	4	9,20	b	Ⓞ
Saargard-Posen	4	101,25	b	Ⓞ
Thüringische	4	11,50	b	Ⓞ
do. Litt. B. u. St. gar.	4	90,40	b	Ⓞ
Litt. O. u. St. gar.	4	100,25	Ⓞ	
Weimar-Geraer	4	35,10	b	Ⓞ
Albrechtshahn	5	15,20	b	Ⓞ
Amsterdam-Rotterd.	4	114,00	b	Ⓞ
Aussig-Leptsch	4			
Baltische	5			
Böhm. Westbahn	4	74,00	b	Ⓞ
Brest-Gragnens	4	40,75	b	Ⓞ
Bresl.-Niem.	4	61,60	b	Ⓞ
Dur.-Bodenbach	4	14,50	b	Ⓞ
Elb-Weichselbahn	5	71,60	b	Ⓞ
Kaiser Franz Joseph	5	55,20	b	Ⓞ
Galiz. (Kar. Ludw.)	5	104,40	b	Ⓞ